

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeiger für das Erzgebirge die Postämter an. — Erscheint wöchentlich. — Anschlag Nr. 23.

Angabepreis: Die beiden wöchentlichen Hefen für Anzeigen aus dem Umkreise des Erzgebirges, auswärtsige Anzeigen 20 Goldmarken, Restamt-Preis für die beiden Hefen, amtliche Juli 22 Goldmarken.

Programme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 169

Dienstag, den 22. Juli 1924

19. Jahrgang

Das Kompromiß in der Sanktionsfrage.

Der tote Punkt, auf dem sich die Londoner Konferenz am vorletzten Freitag befand, ist mit amerikanischer Hilfe überwunden worden. Der erste von der Konferenz eingesetzte Unterausschuß, der sich mit der Zulässigkeit und den Bedingungen künftiger Sanktionen gegenüber Deutschland befaßte, hat eine Einigungsformel gefunden, der alle Teilnehmer der Konferenz zustimmen. Es ist nicht leicht gewesen, zu einer Übereinkunft zu kommen, da die Gegensätze scharf gegenüber waren. Nicht weniger als 15 verschiedene Formeln waren ausgearbeitet worden, bis schließlich der belgische Delegierte Symans die berechtigte Mahnung aussprach, die Konferenz nicht durch übermäßige Vorläufe, um nicht zu sagen durch Mißtrauen zu gefährden. Das Kompromiß ist ein echtes Kind amerikanischer Geistes, dem es mehr auf die Sache als auf die Form ankommt. In der Form wird dem französischen Standpunkt großes Entgegenkommen bewiesen. Ihr Anspruch auf selbstständiges Vorgehen in der Sanktionsfrage wird nicht zurückgewiesen und England hat seine Forderung, daß militärische Gebietsbesetzungen künftig ausgeschlossen sein sollen, nicht durchsetzen können. Das Damoclesschwert der Sanktionen soll also weiter über dem Haupt Deutschlands hängen bleiben. Dieser neuerliche Umschwung der Konferenz ist umso bedauerlicher, als die englischen Konjunkturisten selbst das kollektive Vorgehen Frankreichs als unvereinbar mit dem Versailler Vertrag bezeichnet haben. Lord Curzon selbst hat in der Note vom 11. August 1923 ausdrücklich anerkannt, daß die Einwendungen der deutschen Regierung gegen die Besetzung des Ruhrgebietes wohl begründet sind. Die deutsche Regierung kann ihren rechtlich so gut fundierten Standpunkt von der Rechtswidrigkeit territorialer Sanktionen nicht ohne weiteres aufgeben und wird ihn in London mit Nachdruck zur Geltung bringen müssen, wenn sie, wie man wohl hoffen darf, zur Abgabe ihres Urteils zugelassen wird. Der Versailler Vertrag bietet Deutschland so wenig Rechte, daß es keines davon mehr aufgeben darf. Sondern im Gegenteil verlangen muß, daß die andere Seite mehr als bisher sich an die Bestimmungen des Vertrages gebunden hält.

Es ist bedauerlich, daß man auf amerikanischer Seite so wenig Verständnis für diese Dinge gezeigt und dadurch der deutschen Regierung die Annahme des Dawesplanes so außerordentlich erschwert hat. Die Amerikaner, die ja vor allem finanzielle Interessen zu vertreten haben, haben geglaubt, sich mit einer andern als der rein juristischen Sicherheit begnügen zu können. Auch sie sind ja aufs lebhafteste daran interessiert, daß Deutschland, das nun im größten Maßstabe ihr Schuldner werden soll, nicht durch neue Sanktionsdrohungen beunruhigt und in seiner wirtschaftlichen Entwicklung gehindert wird. Die größte Sicherheit, die sie sich in der Kompromißformel gesichert haben, besteht darin, daß etwaige Sanktionen die Spezialländer berücksichtigen müssen die dem Zinsendienst der 800 Millionen-Anleihe dienen. Außerdem erhält der Zinsendienst dieser Anleihe ein Vorrangrecht auf die allgemeinen Einkünfte Deutschlands wie auf alle sonstigen deutschen Hilfsquellen, die durch etwaige Sanktionen erschlossen werden sollten. Nun sind bekanntlich, wie auch Poincaré hat erfahren müssen, Sanktionen wenig ertragreich. Wenn also Frankreich in Zukunft Sanktionen ergreifen wollte, so müßte es aus deren Ertrag vor allen Dingen erst einmal die amerikanischen Gläubiger befriedigen.

Der Gedankengang der Amerikaner war also wohl der, daß auf diese Weise Sanktionen zu einem sehr schlichten finanziellen Geschäft gemacht werden würden und daß Frankreich sich infolgedessen in Zukunft die Sache erst sehr reiflich überlegen müßte, ehe es zu neuen Gewalttaten gegen Deutschland griffe. Die Amerikaner haben also in London wieder dieselbe Eigenschaft gezeigt, auf die sie besonders stolz sind, sie sind sehr „lieber“ gewesen, das heißt, sie haben sich als geliebte Geschäftskollegen erwiesen. Herr Poincaré bekommt seinen Willen und Frankreichs Anspruch auf Sanktionen wird nicht bestritten. Wenn der amerikanische Delegierte Herr Kellogg, belgisch verstand, so hätte er wahrscheinlich gesagt: „Dah! doch das Kind die Boulette.“ Er hat aber dafür gesorgt, daß die Boulette des Herrn Poincaré etwas hart gefahren und gepfeffert worden ist, so daß sie ihm nicht sonderlich munden wird. Für Deutschland ist das allerdings noch kein Grund, seinen Rechtsstandpunkt zurückzugeben. Allerdings müssen wir uns schon jetzt darüber klar sein, daß es für Deutschland nicht leicht ist, eine Einigung gerade an diesem Punkte schließen zu lassen. Denn wir würden dadurch den Eindruck erwecken, daß wir gänzlich erndlich an die Ausführung des Dawesplanes denken, sondern daß wir die Verhandlungen nur benutzen wollen.

Die Räumung des Ruhrgebietes.

Beginn am 4. September — Abschluß Ende Oktober.

Die Ausschlußbeschlüsse über die Räumung.

London, 21. Juli. Die „großen Fünf“ hatten heute 10,30 Uhr eine informatorische Besprechung. Die Arbeiten des ersten Ausschusses sind so weit fortgeschritten, daß die offizielle Veröffentlichung des Berichtes des Ausschusses für heute abend erwartet wird. Ebenso ist die Arbeit des dritten Ausschusses abgeschlossen. Der zweite Ausschluß hat sich, wie bereits berichtet, in zwei Unterausschüsse geteilt, von denen der erste das „Seydourische Memorandum“ zu prüfen hat. Dieser Ausschluß hat beschlossen, der Konferenz zu empfehlen, die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes am 4. September zu beginnen. Es sei, wie „Manchester Guardian“ schreibt, zu erwarten, daß der Dawesbericht bis dahin in Kraft getreten, die Anleihe aufgelegt und die nötigen deutschen Gesetze durchgebracht seien. Ende Oktober werde die wirtschaftliche Räumung durchgeführt werden. Dieser Unterausschuß ist heute wieder zu einer Sitzung zusammengetreten.

Dazu dröhnt noch das W.D. aus Paris: Nach dem Londoner Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ ist der Unterausschuß der 2. Kommission (Freigabe der Pfänder) heute vormittag in längerer Sitzung zu folgenden grundsätzlichen Beschlüssen gekommen: Deutschland hat zunächst die 5 Bedingungen zu erfüllen, von denen die Reparationskommission in ihrem Beschluß vom 15. Juli die Feststellung abhängig gemacht hat, daß der Sachverständigenplan als ausführbar zu betrachten sei. Die Mitglieder haben sich für diesen Fall auf folgendes geeinigt:

1. Die deutschen Behörden werden wieder in die Funktionen eingesetzt, die sie hinsichtlich der Steuer- und Zollverhebung in den zur Zeit besetzten Gebieten vor dem 1. Januar 1923 erfüllt haben. Diese Wiedereinsetzung hat im Rahmen des Versailler Vertrages durch Entscheidung der Rheinlandkommission und entsprechend den Bedingungen des Sachverständigenberichts zu erfolgen.

2. Die von den französisch-belgischen Behörden beschlagnahmten Bergwerke, Kohlereien und industriellen Betriebe werden zurückerstattet.

3. Die Weizen wird zurückgezogen.
4. Der Personenverkehr wird wieder hergestellt, und die requirierten Güter werden zurückerstattet.

Der Berichterstatter fügt hinzu, zu einer längeren Diskussion sei es auch wegen der Rückgabe der Eisenbahnen gekommen. Die englischen Sachverständigen hätten darauf bestanden, daß die Einheit des deutschen Eisenbahnnetzes vor der Bezeichnung der Anleihe wieder hergestellt werden müsse.

Wann wird Rdn geräumt?

London, 21. Juli. Die Londoner „Times“ melden, es sei in den Äußerungen Henderson in der Arbeiterpartei am letzten Mittwoch, die im Auftrage Wadonaholds gemacht worden seien, klar ausgesprochen, daß das britische Kabinett entschlossen bleibe, die Räumung des Brückenkopfes Köln zu dem vertraglichen Termin das sei Juni 1925 durchzuführen.

Morgan zeichnet die Hälfte der Anleihe

London, 21. Juli. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll sich Morgan bereit erklärt haben, die Hälfte der 400 Millionen-Pfund-Anleihe zu übernehmen. Es dürfte noch erinnerlich sein, welche bedeutende Rolle

er vor einigen Monaten bei der Stützung der französischen Währung gespielt hat, und es läßt sich daraus schließen, daß Frankreich ein sehr erhebliches Interesse — auch schon wegen seiner eigenen Währung — daran besitzt, daß die deutsche 400-Millionen-Pfund-Anleihe zu Stande kommt.

Die Einladung Deutschlands

Die Londoner Konferenz nähert sich zweifellos ihrem Ende, und die Frage wird höchst akut, ob nunmehr eine offizielle Einladung an Deutschland erfolgt oder nicht. Auch am Montag liegt in Berlin noch keine Einladung vor und es muß abgewartet werden, ob die allseitig verbreitete Hoffnung, daß die Einladung spätestens am Dienstag eintreffen werde, erfüllt wird. Wenn verschiedene Berliner Blätter schon mit Bestimmtheit den Reichsaussenminister Dr. Stresemann als den allenfallsigen deutschen Vertreter zur Konferenz bezeichnen, so können wir feststellen, daß bis zur Stunde jedenfalls nach dieser Richtung hin noch keinerlei Entscheidung getroffen ist. Es wird ganz von der Art und der Form der Einladung abhängen, ob der Reichsaussenminister die deutsche Delegation führen wird. Soll Deutschland zu Verhandlungen zugezogen werden, dann ist die Teilnahme des Reichsaussenministers selbstverständlich. Es könnte aber Dr. Stresemann unter keinen Umständen zuzemutet werden, lediglich deshalb nach London zu gehen, um zu einem gegnerischen Diktate Ja und Amen zu sagen und es mit seiner Unterschrift zu besiegeln. Das ist offiziell schon seit einer Reihe von Tagen Reichsbankdirektor Dr. Schacht und der frühere Staatssekretär Bergmann in London weilen, wo sie einer ausdrücklichen Aufforderung der Sachverständigen zufolge an den Beratungen über die Gesegentwörter teilnehmen, die laut Dawesgutachten durchgeführt werden müssen, haben wir bereits gemeldet.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der für einige Tage zur Erholung nach Swinemünde gefahren war, ist in dringender Angelegenheit nach Berlin zurückgerufen worden. Er benutzte zur Rückreise ein Flugzeug und landete wohlbehalten am Tempelhofer Feld.

Berlin wartet ab.

Berlin, 21. Juli. Montag vormittag fand beim Reichskanzler eine erneute Besprechung statt. Gegenstand der Aussprache war die gesamte Lage, wie sie sich auf Grund der bisherigen Londoner Meldungen und hinsichtlich der bevorstehenden Einladung an Deutschland ergibt. Wie wir erfahren, findet Dienstag vormittag vor der Tagung des Auswärtigen Ausschusses eine Kabinetsitzung statt. Im übrigen wird die Regierung, bevor eine offizielle Stellungnahme erfolgen soll, die Beschlüsse der Londoner Hauptkonferenz abwarten.

Berlin, 21. Juli. Die Reichstagsparteien haben sämtlich für Dienstag vormittag vor Zusammentritt des Plenums Fraktionskürsungen einberufen zur Besprechung der Lage. Die ursprüngliche Absicht, Interpellationen an die Regierung bis zum Abschluß der Londoner Konferenz zurückzustellen, ist, wie gemeldet wird, inzwischen aufgegeben worden.

Donnerstag endgültige Ergebnisse.

Paris, 21. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Laotidien“ in London glaubt versichern zu können, daß am Donnerstag die Konferenz vor endgültige Ergebnisse gestellt sein wird. Es bleibe dann nur noch übrig, die richtige Formel für das vorgesehene Protokoll zu finden und die Vertreter der deutschen Regierung nach London zu berufen.

Politische Rundschau.

Die arbeitslosen Reichstagsabgeordneten.

Berlin, 22. Juli. Heute nachmittag beginnt der Reichstag wieder seine Plenarsitzungen. Eine Stunde vorher tritt der Ältestenausschuß zu einer Beratung über die Geschäftslage und den bevorstehenden Tagungsabschnitt zusammen. Soweit sich den Blättern zu Folge bisher übersehen läßt, wird der Reichstag nur Arbeitslos für einige Sitzungstage haben. Es wird damit gerechnet, daß der Reichstag in den ersten Tagen des

um Frankreich für die Zukunft die Hände zu binden und auf eine billige Weise die Sanktionsdrohung loszuwerden. Wir würden dann einer Einheitsfront sämtlicher Mächte einschließlich Amerikas gegenüberstehen, eine Lage, der wir uns in unserem jetzigen Zustande nicht aussetzen können.

Die Reichsregierung wird unter diesen Umständen, wenn sie in London an den Verhandlungstisch tritt, ihre Hauptkraft wohl auf andere Dinge konzentrieren müssen. Das wichtigste Ziel, das ihr vor Augen stehen muß ist die Befreiung von Rhein und Ruhr von dem ungeheuerlichen Druck, der auf ihnen lastet. Die Kommissionen, die sich in London mit diesen Fragen befassen, sind noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis gekommen. Es ist aber zu befürchten, daß auch

hier manches unseren Wünschen nicht voll entsprechen wird und infolgedessen auch für die deutsche Regierung noch viel zu tun übrig bleibt.